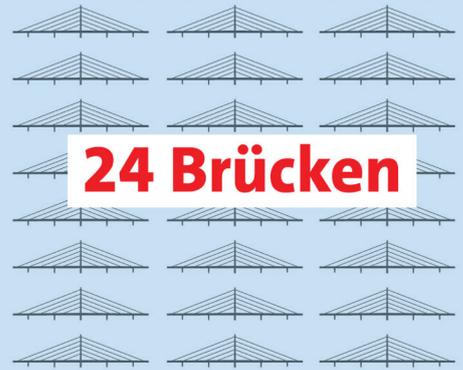


Massiver Sanierungs- und Neubaustau bei Brücken –

Landesregierung muss endlich handeln

Seit 15 Monaten herrscht im Raum Lüdenscheid das Verkehrschaos: Im Dezember 2021 wurde die Talbrücke Rahmede als Teil der A45 von jetzt auf gleich gesperrt. Nun zeigen aktuelle Daten des Landesverkehrsministeriums: **In den kommenden zehn Jahren läuft die Restnutzungsdauer für 24 weitere Brückenbauwerke in Landesverantwortung aus.**

Für wie viele Brücken läuft die Restnutzungsdauer in den kommenden zehn Jahren aus?



Welche Regionen sind betroffen?



Quer durch das Land ziehen sich die Brücken, die saniert oder neu gebaut werden müssen. **Nicht nur den Anwohnerinnen und Anwohnern droht der Stillstand, sondern auch der Wirtschaft in den betroffenen Regionen.**

Verantwortung übernehmen für eine verlässliche Infrastruktur

Die Veröffentlichung des Landesverkehrsministeriums zeigt: **Die Landesregierung schiebt einen Sanierungstau vor sich her.** Einen konkret terminierten Neubau- oder Sanierungsplan gibt es bisher nicht. Dabei ist jede Sperrung eine Zumutung für die Betroffenen und eine Belastung für die Wirtschaft. NRW muss endlich wieder vor die Lage kommen, um Brückensperrungen im Großen und Kleinen zu verhindern.



GORDAN DUDAS

Verkehrspolitischer Sprecher

»Die Brücken bröckeln. Wo bleibt der Masterplan der Landesregierung?«

Massiver Sanierungs- und Neubaustau bei Brücken – Landesregierung muss endlich handeln

Drei Forderungen für eine gute Infrastruktur

MASTERPLAN:

NRW braucht jetzt einen Masterplan „Brücken“. Wie soll der Sanierungsstau der Brückenbauwerke in Landesverantwortung in den kommenden Jahren aufgelöst werden? Dafür muss die Landesregierung einen Plan vorlegen – und zwar schnell.

TEMPO:

Die betroffenen Brücken müssen schnell saniert oder neugebaut werden, bevor es zu weiteren Sperrungen kommt. Hierfür muss die Landesregierung die Finanzierung sicherstellen.

PARLAMENTARISCHER UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS:

Wie konnte es zu der plötzlichen Sperrung der A45-Brücke Rahmede kommen? Warum werden Neubauvorhaben zeitlich nach hinten verschoben? Das wollen wir umfassend in einem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss erörtern, den wir gemeinsam mit der FDP-Fraktion im Landtag NRW beantragen werden. **Wir wollen wissen: Wie lassen sich derartige Infrastruktur-Katastrophen künftig verhindern?**